

12/89

Seit Herbst 1983 über eine Million neue Arbeitsplätze

Die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ist das Ergebnis der soliden Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung. Der dadurch erreichte langgestreckte und kräftige Aufschwung mit guten jährlichen Wachstumsraten hat dazu geführt, daß seit dem Herbst 1983 inzwischen über eine Million neue Arbeitsplätze geschaffen wurden. In den ersten drei Jahren dieses Jahrzehnts wurden dagegen eine Million Arbeitsplätze vernichtet — eine drückende Hypothek der verfehlten Wirtschafts- und Finanzpolitik der damaligen SPD-geführten Regierung.

Die spürbare Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt setzte sich auch im März dieses Jahres fort. Die Zahl der Arbeitslosen geht seit Monaten im Jahresvergleich immer stärker zurück; sie lag im März um rund 262 000 unter dem Vorjahresniveau und erreichte damit den niedrigsten vergleichbaren Stand seit 1982. Saisonbereinigt sank die Arbeitslosigkeit auf 2 004 000.

Besonders erfreulich ist die anhaltend kräftige Verringerung der Arbeitslosigkeit bei den Jugendlichen unter 20 Jahren: Sie hat sich seit 1983 mehr als halbiert. Auch die Kurzarbeit ist gegenüber dem Vorjahr erneut stark zurückgegangen und liegt nunmehr auf dem niedrigsten vergleichbaren Stand seit 1980.

Beschäftigung und Kräftenachfrage tendieren weiter nach oben. So nahm die Zahl der Erwerbstätigen im Februar nach Schätzungen des Statistischen Bundesamtes gegenüber dem Januar 1989 saisonbereinigt

(Fortsetzung auf Seite 2)

HEUTE AKTUELL

- **Wirtschaft**
Sprunghafter Anstieg beim Wohnungsbau. Seite 4
- **Krankenversicherung**
Den Versicherten bleiben jährlich 4 bis 5 Milliarden Mark erspart. Seite 7
- **Umweltschutz**
Offensive für das Katalysator-Auto. Seite 12
- **Bundeswehr**
Rupert Scholz will Einberufungspraxis noch flexibler machen. Seite 13
- **Vermögensbildung**
Die Volksaktie ist 30 Jahre alt. Seite 16
- **Landesparteitag**
Ottfried Hennig neuer Landesvorsitzender in Schleswig-Holstein. Seite 18
- **Dokumentation**
Mit der CDU für sichere Renten. Grüner Teil

Positive Signale

Falls keine unvorhersehbaren Ereignisse eintreten, wird die Zahl der registrierten Arbeitslosen im Mai erstmals seit sechseinhalb Jahren die 2-Millionen-Grenze unterschreiten. Seit September 1988 ist diese Zahl im Vergleich zum jeweiligen Vorjahresmonat stetig zurückgegangen. Diese Entwicklung hat von Monat zu Monat an Fahrt gewonnen. Wenn nun im März trotz der in der Statistik berücksichtigten 88 200 arbeitslosen Aussiedler 237 700 Beschäftigungssuchende weniger gezählt wurden als im März des Jahres 1988, so darf diese Tatsache als Ausdruck eines insgesamt positiven Trends gewertet werden. aus: Rheinische Post

(Fortsetzung von Seite 1)

um 32 000 zu und lag damit um 225 000 über dem Niveau des Vorjahresmonats. Die zunehmende Nachfrage nach Arbeitskräften zeigt sich auch bei der Entwicklung der offenen Stellen: Der Bestand war mit jetzt 232 000 so hoch wie seit 1981 nicht mehr. Rund 200 000 offene Stellen wurden der Arbeitsverwaltung neu gemeldet, gut fünf Prozent mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Zu den neuesten Arbeitsmarktdaten hat der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Horst Günther**, folgende Stellungnahme abgegeben:

1. Fortsetzung der guten Arbeitsmarktentwicklung auch im März; hervorragender beschäftigungs- und arbeitsmarktpolitischer Verlauf des ersten Quartals 1989 nicht nur witterungs-, sondern auch konjunkturbedingt

Wie bereits im Januar und Februar 1989 gab es im März erneut einen weiteren spürbaren Rückgang der Arbeitslosenzahlen gegenüber dem Vorjahr. Der für

das ganze erste Quartal 1989 für die Wintermonate außergewöhnlich niedrige Stand der Arbeitslosenzahlen ist nur zum Teil witterungsbedingt, zum großen Teil aber Ausdruck einer ausgesprochen guten wirtschaftlichen Konjunktur, die sich auch in steigender Beschäftigung und rückläufiger Arbeitslosigkeit ausdrückt.

Die weiteren Perspektiven für Beschäftigung und Arbeitsmarkt sind ausgesprochen günstig. Die Schwarzmalereien der Opposition sind durch die reale Entwicklung eindeutig widerlegt. Gleichwohl haben sie zur Verunsicherung der Bürger bis hin in das Wahlverhalten geführt. Ständig wiederholte Behauptungen, besonders der SPD, in unserem Land laufe alles schlecht — auch auf dem Arbeitsmarkt —, zeigen leider zum Teil Wirkung. Insoweit trägt die SPD eine erhebliche Schuld am labilen Wählerverhalten, das sie jetzt auch noch beklagt.

2. Eine neue Herausforderung: Schnellere Besetzung der offenen Stellen erforderlich

Die Bundesanstalt für Arbeit hat im ganzen bewiesen, daß sie durch eine vorausschauende Analyse des Arbeitsmarktes und seine Entwicklung und durch beachtenswert gestiegene Vermittlungszahlen in den letzten Jahren den wachsenden Kräfteanforderungen der Wirtschaft im wesentlichen gerecht geworden ist. Offensichtlich gibt es mehr offene Stellen, als gemeldet werden. Wünschenswert ist es aber, daß alle offenen Stellen der Arbeitsverwaltung zur Kenntnis gelangen — nicht zuletzt auch unter dem Aspekt, daß dann berufliche Weiterbildungsmaßnahmen bedarfsgerechter geplant und abgewickelt werden könnten. Deshalb sind die Arbeitgeber aufgefordert, alle offenen Stellen den Arbeitsämtern zu melden, was ja zusätzliches eigenes Bemühen um ihre Besetzung nicht ausschließt.

Helmut Kohl: Wir haben die Markierung von einer Million neuer Arbeitsplätze überschritten

Bei seinem ersten öffentlichen Auftritt nach der Osterpause auf einer Regionalkonferenz in Neumünster im Rahmen des Europawahlkampfes hat sich der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, u. a. noch einmal mit den Wahlunterlagen in Berlin und Hessen auseinandergesetzt und dabei auf den Kontrast zwischen der Stimmung in der Bevölkerung und der politischen Wirklichkeit hingewiesen. Er verdeutlichte das am Beispiel der Arbeitsmarktentwicklung:

„Sie brauchen nur die Nachrichten der letzten 48 Stunden zu Rate zu ziehen. Gestern hat Heinz Franke deutlich gemacht, daß die Arbeitslosigkeit drastisch zurückgeht, daß die Zahlen besser geworden sind. Wir liegen jetzt mit den bereinigten Zahlen — also nach Ausschaltung der jahreszeitlich bedingten Einflüsse — bei knapp 2 Millionen 4 Tausend. Und vor allem:

Wir haben die Markierung von 1 Million neuer Arbeitsplätze überschritten. Die Zahl der Arbeitsplätze nimmt weiter zu — wenn auch unterschiedlich in den verschiedenen Regionen.

Bei der diesjährigen Eröffnung der Hannover-Messe haben auch einige von den Leuten Reden gehalten, die uns vor Jahresfrist eine schlimme Entwicklung vorhergesagt hatten. Jetzt sind dieselben Leute voller Euphorie — nicht nur im Blick auf die wirt-

Der Bundeskanzler sammelt Punkte

Helmut Kohl beantwortete Fragen der Basis

Das Motto hieß: Die Partei fragt, und der Kanzler antwortet. Rund eineinhalb Stunden dauerte in der Neumünsteraner Holstenhalle die durchweg kritische Befragungsaktion. Dann hatte Helmut Kohl wieder einmal gewonnen. Der Schlußbeifall der Hamburger und schleswig-holsteinischen CDU-Funktions-träger hätte jedenfalls an Ort und Stelle für eine Wiederwahl mit absoluter Mehrheit gereicht.

Daß die ohnehin auffallend gute Urlaubsstimmung des Kanzlers noch einmal angeheizt wurde, dafür sorgte bereits die erste Fragestellerin des Abends: „Als Frau möchte ich Ihnen sagen, Herr Bundeskanzler, Sie sehen toll aus.“ Da strahlte Helmut Kohl und bekannte später, diese Bemerkung habe ihm sehr wohl getan.

aus: Flensburger Tageblatt

schaftliche Entwicklung des hervorragenden Jahres 1988, sondern auch des Jahres 1989. Und es gibt darüber hinaus gute Perspektiven für 1990.

Sagen wir es den Bürgern sehr deutlich: Das ist das Ergebnis unserer Politik. Denn die öffentliche Diskussion verläuft doch nach dem Motto: Die gute Wirtschaftslage, die gute soziale Entwicklung — das kommt von allein. Aber wenn wir jetzt schlechte Daten hätten, gäbe es gar keinen Zweifel, daß wir die Hauptschuldigen wären.“

Sprunghafter Anstieg beim Wohnungsbau

Die Bundesregierung erwartet eine langgezogene Investitionswelle in der Bauwirtschaft, der die günstigen politischen Rahmenbedingungen eine hohe Schubkraft verleihen. Bereits in der jüngsten Zeit sind außerordentlich positive Reaktionen auf dem Wohnungsmarkt zu verzeichnen, die dazu beitragen können, regionale Engpässe bei der Wohnungsversorgung in Ballungsgebieten abzubauen.

So hat die Zahl der Wohnungsbaugenehmigungen, die schon 1988 stark zugelegt hatte, zu Beginn des Jahres 1989 einen weiteren, kräftigen Sprung nach vorn gemacht. Die Zahl der neu zum Bau genehmigten Wohnungen lag im Januar 1989 um 25,5 Prozent über dem Ergebnis des Vergleichsmonats des Vorjahres. Insgesamt wurden im Januar 1989 15 602 Wohnungen neu zum Bau genehmigt gegenüber 12 427 im Januar 1988.

Spitzenreiter bei den Zuwachsraten im Januar waren erneut die Wohnungen in Mehrfamilienhäusern, also Mietwohnungen. Hier lag die Steigerungsrate bei 37,3 Prozent (5 562 Wohnungen im Januar 1989 gegenüber 4 052 im Januar 1988). Bei den Einfamilienhäusern lag die Steigerungsrate bei 19,3 Prozent (6 355 im Januar 1989 gegenüber 5 327 im Januar des Vorjahres). Bei den Zweifamilienhäusern wurde eine Steigerungsrate von 19,9 Prozent erreicht (1 990 im Januar 1989 gegenüber 1 660 im Januar 1988). Die Entwicklung der Neubaugenehmigungen zu Jahresbeginn zeigt, daß die Investoren am Wohnungsmarkt noch kräftiger als erwartet auf die gestiegene

Nachfrage reagieren. Dies macht insbesondere der außerordentlich hohe Anstieg im Mietwohnungsbereich deutlich.

Ein derart kräftiger Anstieg im Vorjahresvergleich war bisher noch nie zu verzeichnen. Einen zusätzlichen Schub wird diese Entwicklung noch durch die im März beschlossenen Fördermaßnahmen (verbesserte Abschreibungsregelungen, Aufstockung der Mittel für den Sozialen Wohnungsbau auf 1,25 Mrd. DM, Einführung einer sechsten Wohngeldstufe in Ballungsgebieten mit besonders hohem Mietniveau) erhalten. Die Entwicklung bestätigt, daß das Ziel der Bundesregierung, die Zahl der Wohnungsbaugenehmigungen auf rund 300 000 zu steigern, schon in diesem Jahr erreichbar erscheint.

Forschung sichert Arbeitsplätze

61,4 Milliarden DM wurden 1988 nach neuesten Schätzungen für die Forschung und Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland ausgegeben: Dies ist ein neuer Rekord, nachdem die Aufwendungen schon seit Jahren kontinuierlich gestiegen sind (1985: 51,6 Mrd. DM; 1986: 54 Mrd. DM; 1987: 59 Mrd. DM).

Besonders erfreulich bei dieser Entwicklung ist das ständig steigende Engagement der privaten Unternehmen: 64 Prozent der Forschungsausgaben werden heute in der Wirtschaft getätigt. Gleichzeitig stieg auch die Eigenfinanzierung der Wirtschaft. Während 1983 noch 83,6 Prozent der Forschungsausgaben der Wirtschaft eigenfinanziert werden, stieg dieser Anteil 1988 auf 88,4 Prozent.

Die Expansion der Forschung in den letzten fünf Jahren wurde getragen durch die

Finanzierungskraft der Wirtschaft, die ihre Forschungsausgaben aus eigenen Mitteln in diesem Zeitraum um 13,5 Milliarden DM erhöhte, während der Staat seine Forschungsausgaben um 3,8 Milliarden DM steigerte.

Der Anteil der Forschungsausgaben am Bruttosozialprodukt, die im Inland ausgegeben werden, betrug 1988 rund 2,8 Prozent und lag damit etwa auf der Höhe der Ausgaben Japans und der Vereinigten Staaten. Japan, die Vereinigten Staaten und die Bundesrepublik Deutschland liegen beim relativen Anteil der Forschungsausgaben am Bruttosozialprodukt etwa gleichauf. ■

Neu in Versmold

Die Dokumentation „**Mit der CDU für sichere Renten**“ im grünen Teil dieser Ausgabe ist auch in unserem **IS-Versandzentrum, Postfach 1328, 4804 Versmold**, zu erhalten.

Bestell-Nr.: 5153

Mindestabnahme: 50 Exempl.

Preis je Mindestabnahme:
10,— DM zuzügl. MwSt.

Staatskanzlei bietet Praktika für angehende Journalisten an

Studenten, die Journalisten werden wollen, können vom Sommer an ein Praktikum in der hessischen Staatskanzlei absolvieren. Mit diesem Angebot wolle das Land die jungen Leute hinter die Kulissen der Abteilung „Information“ blicken lassen, berichtete Regierungssprecher Rolf Müller in Wiesbaden. Für angehende Mitarbeiter der Medien sei es sicher eine interessante Erfahrung, „hautnah zu erleben, wie Regierungshandeln der Öffentlichkeit vermittelt wird“. ■

STICHWORT

Europäische Union

Bereits 1972 haben die Staats- und Regierungschefs der EG die Verwirklichung der Europäischen Union beschlossen. Neue Dynamik erhielt die Idee der Europäischen Union durch die „Feierliche Deklaration“ in Stuttgart 1983, den Vertragsentwurf des Europäischen Parlaments zur Gründung einer Europäischen Union 1984 und durch die „Einheitliche Europäische Akte“ 1985. Auf dem Weg zur Europäischen Union ist die Vollendung des Binnenmarktes 1992 eine wichtige Etappe.

Ziel der CDU sind die Vereinigten Staaten von Europa mit einer Europäischen Verfassung. Dieser europäische Bundesstaat muß eine politische Union, eine Sicherheitsunion und eine Wirtschafts- und Währungsunion umfassen. Nach Ansicht der CDU soll die Europäische Union nach dem Subsidiaritätsprinzip handeln und nur Aufgaben übernehmen, die sie besser und wirksamer als die einzelnen Mitgliedstaaten erfüllen kann.

In der Europäischen Union ist das Europäische Parlament die Vertretung aller Unionsbürger. Die Gesetzgebung, der Haushalt und die Grundlagen der Politik bedürfen der Zustimmung von Unionsrat und Europäischem Parlament. Der Unionsrat entscheidet als Staatenvertretung, das Parlament als Völkervertretung.

Mit dem Ziel, die Europäische Union als Vaterland aller Europäer zu verwirklichen, steht die CDU als die deutsche Europapartei in der Tradition der europäischen Einigungspolitik, die Konrad Adenauer für die Bundesrepublik Deutschland eingeleitet hat.

Norbert Blüm: Ich arbeite in dem anständigen Handwerk Politik

Wieso soll die Krankenkasse dem, der weder gehbehindert noch arm ist, der vielleicht ein Auto in der Garage oder einen Bus vor der Tür oder den Arzt um die Ecke hat, eine Taxifahrt bezahlen?



Warum soll die Krankenkasse den Zahnärzten Kostenvoranschläge für Zahnprothetik bezahlen? (Keinem Handwerksmeister ist bisher Vergleichbares eingefallen.)



Wer ist den Apothekern in die Quere gefahren, die Plakate und Flugblätter verteilt haben, auf denen zu lesen war: „Wer krank ist, muß jetzt sterben“; wer den Ärzten und Zahnärzten, die ihre Wartezimmer als Agitationszentralen mißbraucht haben, wer der Pharma-

Aphorismen zu einer notwendigen Reform

industrie, die sich nicht scheute, in Anzeigen den Krebs- und Aidskranken damit Angst zu machen, daß es für sie durch die Gesundheitsreform keine neuen Medikamente aus Deutschland mehr gebe?



Helmut Kohl war einer der wenigen, der dem Hartmannbund der deutschen Ärzte klipp und klar sagte, daß er mit seinen Aktionen die Grenzen des guten Geschmacks überschritten und das ärztliche Ethos verlassen hat.

Reformen im Verbändestaat geraten in die Nähe der Undurchführbarkeit. Gesammelt und öffentlich beachtet werden vornehmlich Einwände.



Kein Mensch bemerkte, daß die gesammelten Einwände sich wechselseitig das Bein stellten. Die niedergelassenen Ärzte protestierten mit der Begründung, daß das Krankenhaus außerhalb des Reformvorhabens stünde. Ihre Berufskollegen im Krankenhaus dagegen protestierten mit der Begründung, daß durch die Reform im Krankenhaus 20 000 Arbeitsplätze verloren gingen. Und beide unterschrieben.



Ich arbeite in dem anständigen Handwerk Politik, in dem es Fehler und Pfusch gibt wie in jedem Handwerk. Aber ich habe nicht vor, die Öffentlichkeit für meine Berufsentscheidung um Vergebung zu bitten.



Wie kommt eigentlich Helmut Schmidt dazu, uns vorzuwerfen, wir Politiker würden immer dümmer? Der Bundestag zu Schmidtschen Zeiten war auch keine Versammlung von Nobelpreisträgern. Mich stört die elitäre Arroganz, mit der Helmut Schmidt die apolitischen Vorurteile des Bürgertums auf dem Niveau eines Stammtisches bestätigt. Daß der Vorgänger seinen Nachfolger Helmut Kohl in seine Zensur mit einbezieht, ist allerdings nicht eine Frage der Arroganz, sondern des Geschmacks.

Reform des Gesundheitswesens

Den Versicherten bleiben jährlich vier bis fünf Mrd. Mark erspart

Mit Kreativität, Mut und Kraft hat Bundesarbeitsminister Norbert Blüm im vergangenen Jahr die Reform des Gesundheitswesens entwickelt und durchgesetzt. Die CDU dankt Norbert Blüm, der unbeirrt und allen Angriffen und Verdächtigungen aus der Lobby und der SPD zum Trotz diese notwendige Reform verwirklicht hat. Bereits heute, 100 Tage nach dem Inkrafttreten des Gesetzes, zeigt sich, daß

- die Verdächtigungen falsch,
- die Besorgnisse unbegründet
- und die Instrumente der Reform erfolgreich sind.

Hermann-Josef Arentz, Vorsitzender des Bundesfachausschusses Sozialpolitik: Zum ersten Mal seit vielen Jahren ist der allgemeine Beitragssatz in der Gesetzlichen Krankenversicherung 1989 nicht gestiegen. Nachdem für dieses Jahr ursprünglich ein Beitragssatz von 13,4 Prozent erwartet wurde, liegt er jetzt tatsächlich bei 12,9 Prozent. Das bedeutet für die Versicherten eine jährliche Ersparnis von vier bis fünf Milliarden Mark.

Die Preise beginnen bereits jetzt zu sinken. Das zeigt sich bei einzelnen Medikamenten ebenso wie bei Hilfsmitteln, Brillengestellen zum Beispiel. Wenn Mitte dieses Jahres die ersten Festbeträge für Medikamente vorliegen werden, gibt es diese Arzneimittel für die Versicherten ohne jede Zuzahlung — auch die Rezeptblattgebühr von drei Mark fällt dann weg.

Niemand wird überfordert. Dafür sorgen die Härtefallklausel und die Überforde-

rungsklausel. Interessant: Bei den Versicherten stehen Einsparungen von rund 4,7 Milliarden Mark in der Zeit von 1989 bis 1992 Beitragsentlastungen und neue Leistungen in Höhe von zehn Milliarden Mark gegenüber.

Große Risiken werden für den einzelnen durch die Gesundheitsreform besser abgesichert als früher. Das zeigt sich am besten bei der Hilfe im Fall der Pflegebedürftigkeit. Schon seit dem 1. Januar diesen Jahres stehen Pflegenden 1 800 DM pro Jahr für eine „Urlaubs-Pflegevertretung“ zu. Von 1991 an zahlt die Kasse sogar Hilfen für die häusliche Pflege in Höhe von exakt 10 050 Mark pro Schwerpflegebedürftigen und Jahr. Diese neue Leistung kostenneutral verwirklicht zu haben, ist ein Ruhmesblatt des Sozialpolitikers Norbert Blüm.

Fazit:

- Die Reform ist besser als ihr derzeitiger Ruf.
- Die Umsetzung des Reformgesetzes geht zügig voran.
- Erste Erfolge sind sichtbar.
- Viele negative Urteile beruhen auf Unkenntnis oder Böswilligkeit. Die öffentliche Meinung wird umschlagen, sobald sich weitere Erfolge einstellen und wenn die Ausgabenentwicklung im ersten Quartal 1989 vorliegt und sobald die Festbeträge bei den Arzneimitteln und bei den Hilfsmitteln ihre preissenkenden Wirkungen entfalten. Dann wird auch für die Versicherten deutlicher, daß sie nicht

allein die Belastungen der Reform zu tragen haben.

Hierzu ist es notwendig, die Reform offensiv zu vertreten, und zwar unter Hinweis auf

- die Versäumnisse der Vergangenheit, insbesondere zur Zeit der Kostenexplosion im Gesundheitswesen Anfang der siebziger Jahre
- die sonst uferlos steigenden Beitragsbelastungen
- die Zumutbarkeit der Einschränkungen angesichts der vollwertigen Leistungen bei den wirklichen Gesundheitsrisiken
- die Ausgewogenheit der Reform. ■

Norbert Blüm:

Einschränkungen nur bei den sog. offenen Badekuren

„Die offene Badekur, dieser Balanceakt zwischen Urlaub und Vorsorge, muß doch nicht vollständig auf Krankenschein finanziert werden.“ Diese Auffassung hat Bundesarbeitsminister Norbert Blüm in einem „Quick“-Interview vertreten, das ihn mit der provozierenden Frage „Herr Blüm, Kuren nur für Reiche?“ konfrontierte. Hier die Antwort des Ministers:

Die Leistungen für stationäre Kuren, gewährt von den Rentenversicherungen, bleiben unverändert. Derjenige, der sie zur Wiederherstellung seiner Arbeitsfähigkeit braucht, erhält sie wie bisher. Die Zahl dieser Kuren steigt unaufhörlich; im vergangenen Jahr waren es fast 1 Million.

Auch bei den stationären Kuren der Krankenversicherung gibt es keine

wesentlichen Änderungen, zum Beispiel für Rentner oder Familienversicherte. Die Mütterkuren sind jetzt sogar als eigenständige Kassenleistung anerkannt.

Einschränkungen gibt es lediglich bei den sogenannten offenen Badekuren. Hier werden nicht mehr 25 bis 30 Mark, sondern nur noch 15 Mark Zuschuß pro Tag gezahlt. Außerdem ist jetzt wie bei allen anderen ambulant abgegebenen Heilmitteln eine prozentuale Zuzahlung notwendig.

Ein so gut ausgebautes Kurwesen auf Krankenschein wie in der Bundesrepublik gibt es auf der ganzen Welt nicht. Da sind wir einmalig, und da bleiben wir auch einmalig. Niemand wird aber bestreiten, daß es gerade bei den offenen Badekuren viele Mitnahmeeffekte gab.

Nun gönne ich ja jedem seinen Urlaub, er hat sicherlich auch einen hohen Wert für die Gesundheit. Die offene Badekur, dieser Balanceakt zwischen Urlaub und Vorsorge, muß doch nicht vollständig auf Krankenschein finanziert werden.

Wir müssen uns von der Vorstellung verabschieden, daß alles, was mit Gesundheit zu tun hat, von der Krankenkasse

Balanceakt zwischen Urlaub und Vorsorge

bezahlt wird. Wir müssen die Kirche im Dorf lassen!

Meine Grundphilosophie lautet: Mit wachsendem Wohlstand kann heute jeder sehr gut mehr aus eigener Tasche für seine Gesundheit bezahlen. Die Krankenkassen können da nicht mithalten. Und ich muß die Gelder der Krankenversicherung zusammenhalten, damit wir den medizinischen Fortschritt bezahlen können! ■

Aussiedler sind für uns ein Gewinn

Die günstige Altersstruktur der zu uns kommenden Aussiedler wird zu einer Verbesserung der Bevölkerungsstruktur der Bundesrepublik Deutschland beitragen.

Die Auswertung der Aussiedlerstatistik ergibt hinsichtlich der Altersstruktur der Aussiedler im Vergleich zur einheimischen Bevölkerung folgendes Bild:

Jahre	Einheimische ¹⁾		Aussiedler ²⁾	
	absolut	%	absolut	%
unter 18	11 316 700	18,5%	61 763	32,4%
18—45	24 504 000	40,1%	90 815	47,7%
45—60	12 592 600	20,6%	23 994	12,6%
60—65	3 321 400	5,4%	6 269	3,2%
über 65	9 348 100	15,4%	7 741	4,0%
gesamt	61 082 800	100,0%	190 582	100,0%

¹⁾ Ergebnisse der Volkszählung 1987.

²⁾ Von 202 673 Aussiedlern im Jahr 1988 sind 190 582 in der Altersstatistik erfaßt.

Diese Angaben sind für die Sicherheit unserer Renten von großer Wichtigkeit. Sie zeigen, daß die überwiegend jungen Menschen im Laufe ihres Arbeitslebens bei uns ihre Renten selbst erarbeiten werden. Sie werden die Solidargemeinschaft auf Dauer nicht belasten. Im Gegenteil, wegen ihrer günstigen Altersstruktur werden die Aussiedler dazu beitragen, unsere Renten auf Dauer sicherer zu machen. Auch insofern sind die Aussiedler für uns keine Belastung, sondern — auch langfristig gesehen — ein Gewinn.

Horst Waffenschmidt, Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern: In der Öffentlichkeit werden gelegentlich Einzelfälle dargelegt, in denen ein Aussiedler eine unverhältnismäßig hohe Rente bezieht. Es wird jedoch gleichzeitig verschwiegen, daß nur vier Prozent der Aussiedler des vergangenen Jahres älter als

65 Jahre waren, hingegen 43 Prozent von ihnen 25 Jahre und jünger.

Die Bevölkerungszahl ist nach den Ergebnissen der letzten Volkszählung rückläufig. Wenn der Trend der letzten 20 Jahre anhält, wird die Bevölkerung sich in den nächsten 20 Jahren um über 5 Millionen vermindern. Dies sollten sich diejenigen vor Augen halten, die in Anbetracht von 200 000 Aussiedlern (im Jahre 1988) bereits von einer Überbevölkerung der Bundesrepublik Deutschland sprechen.

Ausländerrecht zügig neu regeln

Mit der Problematik „Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland“ beschäftigte sich das jüngste Fachgespräch der Jungen Union Deutschlands. Unter dem Titel „Europa im eigenen Land“ diskutierten unter Leitung des stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Jungen Union, Thomas Kropp, der Parlamentarische Staatssekretär im Innenministerium, Carl-Dieter Spranger, und die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Liselotte Funcke, mit ca. 50 jungen Leuten im „Treffpunkt Jugend“ der Jungen Union.

Während der Diskussion äußerte Staatssekretär Spranger Bedenken gegen eine doppelte Staatsbürgerschaft als Hilfe zur Eingliederung ausländischer Mitbürger. Statt dessen sollten die Möglichkeiten zur Einbürgerung wesentlich verbessert werden. Im Bereich der Asylpraxis plädierte Carl-Dieter Spranger für eine Erweiterung des Grundgesetzes. Weiterhin sollen alle politisch verfolgten Asylrecht in der Bundesrepublik genießen, es müßten

Dorothee Wilms:

Keine Kluft zwischen Deutschland- und Europapolitik

Bei den „Wasserburger Deutschlandgesprächen“, die von der Hochschule für Politik in München mit der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit veranstaltet werden, hat die Bundesministerin für innerdeutsche Beziehungen, Dorothee Wilms, erklärt:

Es ist Ziel der Bundesregierung, von der sicheren Plattform des westlichen Bündnisses und der westeuropäischen Integration aus alles zu unterstützen, was zur Aufweichung der Teilungsgrenzen in Europa und in Deutschland führt, solange dadurch die Sicherheit und damit die Handlungsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland nicht gefährdet wird.

Ich sehe deshalb auch keine Kluft oder ein Prioritätsproblem zwischen Deutschland- und Europapolitik. Was der Freiheit und Einheit Europas dient, dient gleichzeitig auch der Freiheit und Einheit Deutschlands.

jedoch Schritte gegen den Mißbrauch des Asylrechtes eingeleitet werden. Dazu seien jedoch entsprechende Änderungen im Grundgesetz notwendig.

Sowohl Spranger als auch Frau Funcke vertraten die Auffassung, daß das Ausländerrecht zügig neu geregelt werden müsse. Nach den Worten von Frau Funcke würde der Stellenwert des Ausländerproblems im Bewußtsein der Bevölkerung sinken, sobald eine Neuregelung verabschiedet ist. So könne auch

„Isolationsfolter“:

Hier geht es darum, die Begriffe zurechtzurücken

Der Staat darf der Forderung der im Hungerstreik befindlichen RAF-Häftlinge nicht nachgeben. Diese Ansicht vertritt Hanns-Eberhard Schleyer, der Sohn des 1977 ermordeten Arbeitgeberpräsidenten, in einem Interview mit dem General-Anzeiger, Bonn. Auf die Frage, was er bei dem Begriff „Isolationsfolter“ empfinde, den die RAF-Terroristen ständig gebrauchten, antwortete Schleyer:

Dazu eine persönliche Anmerkung: Mein Vater ist über Tage und Wochen in einem Versteck gehalten worden, das im Gegensatz zu den Haftbedingungen der verurteilten Terroristen das Prädikat „Isolationsfolter“ tatsächlich verdient. Hier geht es auch darum, die Begriffe zurechtzurücken. Im Augenblick sorgen sich alle nur um die Täter und niemand spricht mehr von den Opfern.

der Trend korrigiert werden, der gegenwärtig ausländerfeindlichen Parteien einen starken Zustrom beschere.

Thomas Kropp betonte in seinem Schlußwort, daß die Junge Union allen ausländerfeindlichen Bestrebungen entschieden entgegentreten werde. Die Junge Union werde sich vor die ausländischen Mitbürger stellen und alles unternehmen, daß Parteien mit ausländerfeindlicher Tendenz keine dauerhafte Existenz beschert bleibt.

Wachsender Kfz-Verkehr:

Verkehrsberuhigung als Kompromiß

Verkehrssicherheit, Stadtentwicklung, Umweltschutz, Mobilitätsbedürfnisse unserer Bevölkerung sowie die Belange von Handel und Gewerbe sind die tragenden Säulen einer zukunftsorientierten Stadtverkehrspolitik. Nur ein abgestimmter, ausgewogener Kompromiß kann der zunehmenden Bedrohung unserer Umwelt und der Zerstörung der gewachsenen städtebaulichen und stadthistorischen Strukturen durch den wachsenden Kraftfahrzeugverkehr entgegenwirken.

Dirk Fischer, Vorsitzender des Bundesausschusses Verkehrspolitik: Verkehrsberuhigung ist ein solcher Kompromiß, nicht aber die völlig unrealistische Forderung nach einer „autofreien Stadt“. Verkehrsberuhigung bringt mehr Sicherheit für die Wohnbevölkerung, vor allem für Kinder, mehr Spielfläche und weniger Lärm, wenn sie an bestimmte Voraussetzungen gekoppelt wird.

- Verkehrsberuhigung und Geschwindigkeitsbegrenzungen können nicht vom grünen Tisch aus verordnet werden. Nur gezielte örtliche Maßnahmen sind erfolgversprechend.
- Der Verkehr muß fließen. Wenn Tempo 30 zu Stop-and-go-Verkehr führt, ist er umweltschädlich.
- Das Hauptverkehrsstraßennetz darf um seiner Funktionsfähigkeit willen nicht reduziert werden.
- Verkehrsberuhigung in Großstädten muß flächenhaft wirksam werden.
- Das zweckmäßigste Mittel ist die Ausweisung geeigneter Wohngebiete als Tempo-30-Zonen mit begleitender bauli-

cher Umgestaltung der Eingangsbereiche. Dabei muß Tempo 30 überwacht werden.

- Die versuchsweise eingeführte Zonengeschwindigkeits-Verordnung hat sich bewährt. Sie sollte endgültig in die Straßenverkehrsordnung übernommen werden.
- In Hauptverkehrsstraßen mit Wohn- und Geschäftsnutzung sind die Aufenthalts- und Anliegerfunktionen zu stärken und die Gestaltung zu verbessern, z. B. durch Verbreiterung und Bepflanzung der Seitenräume sowie Schaffung besserer Querungsmöglichkeiten.
- Der Gewerbe- und Wirtschaftsverkehr sowie die Zugänglichkeit für Feuerwehr und Rettungsdienste müssen gewährleistet bleiben.
- Da in den Großstädten in Zukunft das Problem des ruhenden Verkehrs noch größer sein wird als das des fließenden Verkehrs, werden dafür neue Lösungen immer dringlicher. Dafür bieten sich z. B. an: eine verstärkte Bewirtschaftung des bestehenden Parkraumes, Schaffung von Quartiergaragen und Stapelparkhäusern, prinzipiell Bau von Tiefgaragen unter Hochhäusern und Überbauung anderer Verkehrsanlagen (Gleise, Straßen).
- Verkehrsberuhigung in Großstädten kann auf Dauer nur erfolgreich sein, wenn die Maßnahmen zur Beruhigung des motorisierten Individualverkehrs durch ein attraktives Angebot im öffentlichen Personennahverkehr ergänzt werden. Dies erfordert ein engmaschiges ÖPNV-Netz im Innenstadtbereich der Großstädte, einfache und preisgünstige Kurzstreckentickets, die attraktive Jahresnetzkarte sowie leistungsfähige Park-and-Ride- bzw. Bike-and-Ride-Anlagen. ■

Offensive für das Katalysator-Auto

Fahrzeuge mit dem geregelten Dreivege-
katalysator leisten den wirksamsten
Beitrag zur Entlastung unserer
Umwelt. Nur der geregelte Dreivege-
katalysator kann ca. 90 Prozent der
Schadstoffe in den Kfz-Abgasen redu-
zieren. Ihm muß auf breiter Front zum
Durchbruch verholfen werden, um zu
weiteren Erfolgen in der Luftreinhaltung
politik zu gelangen. Dirk Fischer, Vor-
sitzender des Bundesausschusses
Verkehrspolitik:

Wir brauchen jetzt eine Offensive für das
Katalysator-Auto:

- Die steuerliche Förderung muß ausge-
schöpft und weitergeführt werden.
- Die Nachrüstung vorhandener Autos
muß weiter gefördert werden.

Der Vorschlag hingegen, nur für Autos
ohne Katalysator ein generelles Tempoli-
mit einzuführen, ist unausgewogen und
kontraproduktiv. Drei Gründe sprechen
gegen ein „gespaltenes Tempolimit“:

- Die Aufteilung von Autofahrern in sol-
che, die über einen Katalysator verfügen

Zitat

*„Die Bundesregierung sieht es als
ihre Aufgabe, dafür zu sorgen, daß
der auf hohem Niveau stehende
deutsche Verbraucherschutz im
europäischen Binnenmarkt nicht auf
unerträgliche Weise geschwächt
wird. Das gilt sowohl für den Schutz
vor möglicher gesundheitlicher
Beeinträchtigung als auch für den
Schutz vor Täuschungen.“*

**Anton Pfeiffer, Staatssekretär
im Bundesministerium für Jugend,
Familie, Frauen und Gesundheit**

und somit schneller als Tempo 100 Kilo-
meter/Stunde fahren dürfen, und solche
ohne Katalysator, die Tempo 100 Kilo-
meter/Stunde einhalten müssen, würde
zu einer Zweiklassengesellschaft auf
unseren Autobahnen führen. Diese will
niemand.

- Ein „gespaltenes Tempolimit“ gefähr-
det die Verkehrssicherheit, weil es beim
Autofahrer Aggressionen weckt. Durch

Großfeuerungsanlagen- verordnung

Nach Schätzungen des Umweltbundes-
amtes belaufen sich die Investitionen zur
Umsetzung der Großfeuerungsanlagen-
verordnung auf rd. 28 Mrd. DM. Damit
werden etwa 47.000 Arbeitsplätze
geschaffen und gesichert.

eine Aufspaltung in „gute“ und „böse“
Autofahrer würde sich die psychische
Belastung der Verkehrsteilnehmer erhö-
hen; das besonders gefährliche Überhol-
len auf der rechten Fahrspur würde
gefördert. Wir dürfen aber nicht zum
Unfrieden auf unseren Straßen anstiften,
wenn wir mehr Verkehrssicherheit und
Partnerschaft wollen.

- Die Einhaltung der Vorschrift könnte
selbst bei entsprechender Kennzeichnung
der Fahrzeuge praktisch nicht überwacht
werden. Nach Auskunft der zuständigen
Polizeibehörden in den Ländern sind nur
punktuelle Kontrollen möglich. Auslän-
dische Fahrzeuge, denen man keine
Kennzeichnung verordnen könnte, müß-
ten sich nicht an diese Bestimmung hal-
ten. Insgesamt würde damit ein „gespalte-
nes Tempolimit“ zu einer fragwürdigen
Repressalie.

Wehrdienst:

Rupert Scholz will Einberufungspraxis noch flexibler machen

Noch mehr als bisher wird die Bundeswehr zukünftig der individuellen Situation und persönlichen Lebensplanung der Wehrpflichtigen Rechnung tragen. Die Wehrrersatzbehörden sind angewiesen worden, mit der ab Juni 1989 greifenden Verlängerung des Grundwehrdienstes den Interessen unserer jungen Männer in dieser Beziehung so weit wie möglich zu entsprechen.

Ziel der Anordnung ist es, die Wehrgerechtigkeit auch im Sinne einer „Individualgerechtigkeit“ zu verwirklichen. Die Verlängerung des Grundwehrdienstes ermöglicht den hierzu notwendigen Einplanungsspielraum, um einerseits den Personalbedarf zu decken, aber andererseits auch die Interessen des einzelnen Wehrpflichtigen — soweit irgend möglich — zu berücksichtigen.

Wie in der Vergangenheit können Wehrpflichtige zwischen dem 19. und 28. Lebensjahr — in Ausnahmefällen bis zum 32. Lebensjahr (z. B. Ärzte in militärfachlicher Verwendung) — zum Grundwehrdienst einberufen werden.

Im Rahmen der flexiblen Einberufungspraxis gehen die Kreiswehrrersatzämter nach folgenden Regeln vor.

1. Grundsatz

- Den Wünschen und Interessen der Wehrpflichtigen ist, soweit möglich, zu entsprechen.
- Wehrpflichtige, die ihre Einberufung wünschen, sind baldmöglichst, spätestens

innerhalb eines Jahres einzuberufen. Die Jahresfrist beginnt mit dem ersten Einberufungstermin, zu dem der Wehrpflichtige eingezogen werden kann.

- Die beruflichen und sonstigen Planungen sind bei der Festlegung des Einberufungstermins zu berücksichtigen.

2. Zusagen für die Einberufung zu einem früheren Termin

- Arbeitslose werden auf Antrag zum frühestmöglichen Termin einberufen; dies gilt auch für Wehrpflichtige, denen bekannt ist, daß sie nach Abschluß ihrer Berufsausbildung nicht in ein festes Arbeitsverhältnis übernommen werden können. Der Vorrang gilt auch gegenüber lebensälteren Wehrpflichtigen, die einen Arbeitsplatz haben und aufgrund ihres Lebensalters zu einem späteren Termin einberufen werden können.
- Fachoberschülern wird ein Übergang in das Fachhochschulstudium unter geringstmöglichem Zeitverlust individuell ermöglicht.
- Abiturienten, die ihr Studium mit dem Wintersemester beginnen müssen, werden auf Antrag zum 1. Juni einberufen. Abiturienten, deren Studium im Sommersemester beginnt, werden auf Antrag zum 1. September einberufen.

3. Zusagen für die Einberufung zu einem späteren Termin

Auf Wunsch des Wehrpflichtigen wird eine befristete Nichteranziehung schrift-

lich zugesagt, wenn schwerwiegende Gründe der Personalbedarfsdeckung dem nicht entgegenstehen. Die Dauer der Nichtheranziehung ist vom Einzelfall abhängig. Dabei ist zu berücksichtigen, daß der Wehrpflichtige vor Vollendung des 28. Lebensjahres seinen Wehrdienst angetreten haben muß. In der Regel wird die Zusage der Nichtheranziehung nur einmal erteilt.

Die Zusage der befristeten Nichtheranziehung kann insbesondere erteilt werden:

- bei Zweitausbildung oder weiterführender Berufsausbildung (z. B. zweite Lehre, Meistersausbildung, Umschulung),
- bei praktischer Ausbildung nach dem Abitur
- bei Auslandsausbildung
- aus familiären Gründen (z. B. Betreuung von Angehörigen),
- bei Existenzgründung
- zur Festigung des Arbeitsverhältnisses
- zur weiteren Qualifizierung im Beruf
- zur Berücksichtigung betrieblicher Gründe (Wehrpflichtige im Einvernehmen mit dem Arbeitgeber).

4. Weitere Regeln

- Verheiratete Wehrpflichtige ohne Kinder sowie dritte und weitere Söhne sind grundsätzlich wehrpflichtig. Ein Verzicht auf Einberufung ist jedoch möglich, wenn mit der Einberufung im Einzelfall eine unzumutbare Härte verbunden wäre.
- Verheiratete Väter sowie alleinerziehende Wehrpflichtige mit Sorgerecht (z. B. Witwer, Geschiedene) werden grundsätzlich nicht einberufen.
- Alle Wehrpflichtigen werden so heimat- und berufsnah wie möglich eingesetzt.

Über weitere Einzelheiten informieren die Kreiswehrratsämter auf Anfrage. ■

11,5 Mrd. Mark Bundesbankgewinn

Der Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank hat am 6. April den Reingewinn des Geschäftsjahrs 1988 in Höhe von 11 501 Millionen DM festgestellt. Die Gewinnverwendung richtet sich nach § 27 Bundesbankgesetz. Entsprechend diesen gesetzlichen Vorschriften sind nach Zuführung von 1 430 Millionen DM an die gesetzlichen Rücklagen und nach Verwendung von 30 Millionen DM zur Tilgung der Ausgleichsforderungen insgesamt 10 041 Millionen DM an den Bundeshaushalt in einem Betrag abgeführt worden.

Die Erträge der Deutschen Bundesbank haben sich im Geschäftsjahr 1988 günstiger entwickelt als erwartet. Dazu hat neben den Netto-Dollarverkäufen zur Stabilisierung des Wechselkurses der Deutschen Mark insbesondere auch der Anstieg des deutschen und des amerikanischen Zinsniveaus beigetragen.

Der an den Bund abgeführte Betrag trägt in Höhe von 5 Milliarden DM zur Finanzierung des Bundeshaushalts 1989 bei. Der Mehrbetrag in Höhe von 5 041 Milliarden DM wird entsprechend der Regelung im Haushaltsgesetz 1989 unmittelbar zur Tilgung fälliger Altschulden eingesetzt. Damit verringert sich der Anstieg der Verschuldung des Bundes im entsprechenden Umfang.

Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg: Die vorsichtige Veranschlagung des Bundesbankgewinns im Etat dieses Jahres unterstreicht, daß die Abführungen der Notenbank in der gegenwärtigen Größenordnung nicht als dauerhafte Grundlage zur Finanzierung von neuen Aufgaben angesehen werden können. ■

CDU-Bundeswehrbeauftragter Paul Breuer:

Mein neues Amt ist ein Parteiamt

Paul Breuer, neuer Bundeswehrbeauftragter der CDU, hat dem Deutschlandfunk Fragen zu den Aufgaben in seinem Amt beantwortet.

Frage: *Sie sind der neue, der erste Bundeswehrbeauftragte der CDU. Warum hat die CDU dieses neue Amt ins Leben gerufen?*

Paul Breuer: Es gibt eine Erklärungskrise der Sicherheitspolitik, in der sich insbesondere die Soldaten vor die Frage gestellt sehen, ob der Auftrag, den ihnen die Politik in diesem Lande gegeben hat, in der Öffentlichkeit von ihnen gerecht-

Interview

fertigt werden muß. Hier sieht die CDU, daß dies nicht Aufgabe der Soldaten, sondern der Politik ist.

Frage: *Reicht denn die Institution des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages nicht aus?*

Breuer: Das sind unterschiedliche Paar Schuhe: Mein neues Amt ist ein Parteiamt. Hier geht es darum, auf allen Ebenen der CDU einen Dauerdiallog mit der Bundeswehr, auch hinein in die Partei und in die Öffentlichkeit zu führen.

Frage: *Was können denn nun die Soldaten, was kann der Wehrpflichtige mit diesem Parteiamt letztendlich konkret anfangen?*

Breuer: Natürlich besteht die Möglichkeit, daß der Wehrpflichtige an die CDU herantritt und seine Sorgen, seine Probleme gegenüber der Partei deutlich macht. Das kann er auch mir gegenüber tun. Ich habe natürlich vor, das zu organisieren insofern, als ich Veranstaltungen in verschiedenen Ländern der Bundesrepublik Deutschland — zusammen mit

den Landesverbänden der CDU — durchführen werde, so daß ein Forum für die Soldaten vor Ort geschaffen wird.

Frage: *Was wird die Tätigkeit des neuen Bundeswehrbeauftragten der Christdemokraten sein?*

Breuer: Die ersten Tätigkeiten werden darin liegen, zunächst einmal Kontakt aufzunehmen zu allen wichtigen Institutionen und Persönlichkeiten, um das Programm „Die CDU an der Seite der Bundeswehr“ in Ganz zu setzen.

Frage: *Könnte der Umstand, daß die CDU jetzt diese Institution „Bundeswehrbeauftragter“ neu geschaffen hat, nicht zur Folge haben, daß sich die anderen Parteien gegenüber der Bundeswehr ausgegrenzt fühlen?*

Breuer: Ich glaube, das Gegenteil kann der Fall sein. Ich möchte die anderen Parteien, insbesondere die SPD, dazu auffordern, das gleiche zu tun. Hier gibt es für die SPD einen erheblichen Nachholbedarf gegenüber der Bundeswehr. Wenn die SPD einen gleichen Schritt tut, um die Probleme und Sorgen der Soldaten — gerade was die Rechtfertigung ihres Auftrages angeht — deutlich zu machen, dann wäre das ein guter Schritt nach vorne. ■

Städtebauförderung 1989

Für die Stadt- und Dorfsanierung geben Bund, Länder und Gemeinden in diesem Jahr rund 2 Mrd. DM aus. Insgesamt werden 1.382 Projekte in 1.051 Städten, Gemeinden und Dörfern finanziert. Neu hinzugekommen in diesem Jahr sind 1.500 Sanierungskonzepte vor allem für Brachflächenbereinigung.

Die Volksaktie ist 30 Jahre alt

Im März 1959 begann die Zeichnung der ersten deutschen Volksaktie. Die angebotenen Aktien aus einer Kapitalerhöhung der Preussag AG waren in wenigen Tagen überzeichnet, es mußten weitere Aktien bereitgestellt werden, um der großen Nachfrage zu entsprechen. 1961 und 1965 verkaufte die Bundesregierung ebenfalls Volksaktien bei der Teilprivatisierung der Volkswagen AG und der VEBA AG.

Aus diesem Anlaß erklärte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, **Friedrich Voss**: Die politische Idee war, die im Konzept der Sozialen Marktwirtschaft gebotene Rücknahme des staatlichen Einflusses auf wichtige Industrieunternehmen mit einer breiten Streuung der Aktien zu verbinden. Die Mitarbeiter der Unternehmen und einkommenschwächere Bevölkerungskreise sollten auf die Aktie als Form der Vermögensbildung aufmerksam gemacht werden. Ende der 50er Jahre gab es in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt 500 000 Aktionäre. Volksaktien erwarben bei Preussag 1959 216 000, Volkswagen 1961 1 547 000, VEBA 1965 2 600 000 Zeichner.

Mit diesen drei Privatisierungsaktionen sind weltweit wirkende Beispiele gesetzt worden. Sie waren Signale, daß privatem Eigentum Vorrang vor staatlichem Eigentum gebührt, soweit staatliche Belange nicht beeinträchtigt werden. Dies geschah in einem internationalen Umfeld, in dem noch bis in die 80er Jahre andere wirtschaftspolitische Konzepte verfolgt wurden, die auch die Verstaatlichung privater Unternehmen einschlossen.

Die Bundesregierung hat seit ihrem Amtsantritt im Jahre 1982 die Politik der Privatisierung wieder aufgenommen. In

zahlreichen Schritten hat sie sich aus einigen Unternehmen vollständig zurückgezogen — so aus den Industriekonzernen VEBA AG, Volkswagen AG und VIAG AG — bei anderen ist die Bundesbeteiligung verringert worden. Insgesamt wurden aus der Veräußerung unmittelbarer Bundesbeteiligungen bisher über 6,6 Mrd. DM Erlöst. Im mittelbaren Bereich sind in fast 70 Fällen Beteiligungen im In- und Ausland veräußert, verringert oder aufgegeben worden.

Die Aktien aus Bundesbesitz sind in breiter Streuung verkauft worden. Den Mitarbeitern wurden mit Unterstützung der Bundesregierung Belegschaftsaktien angeboten, die mit starkem Interesse aufgenommen wurden. Zur Aufnahme der Aktien in breiter Streuung haben insbe-

Zahl der Pleiten sinkt

Im Januar gab es in der Bundesrepublik Deutschland 1.244 Konkurse und Vergleiche — 7,4 Prozent weniger als im Januar 1988.

sondere das 1. Vermögensbeteiligungsgesetz und das 4. Vermögensbildungsgesetz von 1984 beigetragen, mit der lohnsteuerlichen Begünstigung der Belegschaftsaktien nach § 19a EStG und den nach Familienstand gestaffelten Prämien für bestimmte Vermögensanleger.

Heute ist die privatisierte Volkswagen AG mit 730 000 Aktionären die größte deutsche Publikumsgesellschaft, die VEBA AG mit über 600 000 Aktionären die zweitgrößte.

Die Bundesregierung wird diese Politik der Privatisierung fortsetzen. ■

Wolga-Deutsche sollten an die Wolga zurückkehren dürfen

Zu dem auf einem Kongreß in Moskau geäußerten Wunsch der Deutschen in der Sowjetunion, in eine Wolga-Republik zurückzukehren, erklärt der CDU-Europaabgeordnete Hans-Gert Pöttering, Spitzenkandidat der CDU in Niedersachsen für die Europawahl:

Die Europäische Gemeinschaft sollte den Wunsch der Deutschen in der Sowjetunion, in eine Wolga-Republik — aus der sie von Stalin 1941 vertrieben wurden — zurückzukehren, nachdrücklich unterstützen. Im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) setzen sich die 12 Außenminister der Gemeinschaft für die Menschenrechte überall in der Welt ein. Dies ist richtig und gut. Die Europäische Gemeinschaft sollte aber auch eine Aufgabe darin sehen, sich für die Deutschen in der Sowjetunion einzusetzen, für deren Schicksal die Bundesrepublik Deutschland als wichtiges EG-Mitgliedsland eine besondere nationale Verpflichtung wahrzunehmen hat.

Ein politisches Signal der Gemeinschaft für die leidgeprüften Deutschen in der Sowjetunion wäre eine großartige Unterstützung.

Der Zeitpunkt für eine entsprechende EG-Initiative ist günstig. Die Sowjetunion hat kürzlich diplomatische Beziehungen zur Gemeinschaft aufgenommen. Sie ist auf eine umfassende Kooperation mit der EG angewiesen. Im Rahmen dieser notwendigen und wünschenswerten Zusammenarbeit sollte die Gemeinschaft Menschenrechtsfragen einen hohen Rang einräumen. Hierzu muß vorrangig das Schicksal der Deutschen in der Sowjetunion gehören. ■

König Juan Carlos:

Die Bundesrepublik ist beispielhaft für Umweltschutz

In seiner Tischrede beim Galaessen für Bundespräsident Richard von Weizsäcker im Stadtschloß von Madrid hat König Juan Carlos die führende Rolle der Bundesrepublik beim Umweltschutz hervorgehoben:

„Wir betrachten die Bundesrepublik Deutschland als ein gutes Beispiel für die Vorbereitung angesichts der Herausforderungen der modernen Zivilisation; diese Herausforderungen verlangen eine besondere Feinfühligkeit, wenn es sich um Probleme handelt, welche die Zukunft der Menschheit beeinträchtigen können, ganz speziell um Probleme des Umweltschutzes.“

Der König unterstrich ferner die ausgezeichneten Beziehungen zwischen beiden Ländern, als er sagte: *„Die Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern zeichneten sich stets durch ihre Problemlosigkeit aus, was auch jetzt immer noch zutreffend ist, denn Spanien und die Bundesrepublik teilen dieselbe Gesinnung.“*

Rußfilter

Mit einem weltweit ersten Großversuch will Bundesumweltminister Töpfer den Einsatz von Rußfiltern bei Nutzfahrzeugen erproben lassen. Durch den Filter werden die Rußemissionen ca. 70 bis 90 Prozent vermindert. An rund 1 500 Bussen und Brummis wird jetzt ein Dauertest absolviert. ■

42. Landesparteitag der CDU Schleswig-Holstein

Ottfried Hennig: Blick nach vorn

Nach einem in der deutschen Parteigeschichte einmaligen „Kandidatenrodeo“ von vier Bewerbern über einen Zeitraum von mehr als drei Monaten haben am 8. April die Delegierten des 42. Landesparteitages der schleswig-holsteinischen CDU in Flensburg den Parlamentarischen Staatssekretär im innerdeutschen Ministerium, Ottfried Hennig, zu ihrem neuen Landesvorsitzenden gewählt. Ottfried Hennig nach seiner Wahl: Ab heute schauen wir nach vorn.

Die notwendige Mehrheit erreichte Hennig im zweiten Wahlgang mit 223 von 386 abgegebenen Stimmen. Für seinen Mitbewerber, den Bundestagsabgeordneten Peter Kurt Würzbach, votierten 153 Delegierte. Die beiden anderen Kandidaten, der Kreisvorsitzende Otto Bernhardt und der Bundestagsabgeordnete Dietrich Austermann waren im ersten Wahlgang ausgeschieden. Als stellvertretender Landesvorsitzender wurde Würzbach mit 273 Stimmen sehr eindeutig bestätigt. Wiedergewählt wurden in dieser Funktion auch der Landesvorsitzende der Sozialausschüsse Eberhard Dall'Asta (261 Stimmen) und die Vorsitzende der Frauen-Union Gudrun Hunecke (241 Stimmen).

Neu im geschäftsführenden Landesvorstand sind der Landtagsabgeordnete Thomas Lorenzen und der Bundestagsabgeordnete Michael von Schmude, der sich bei der Wahl zum Schatzmeister gegen den bisherigen Amtsinhaber und Vorsitzenden des Wirtschaftsrats der CDU, Dieter Murmann, durchsetzte. Ottfried Hennig: Dieser Vorstand ist eine Mannschaft von Freunden, die in einer Weise

miteinander umgehen werden, die auf die Bürger Eindruck machen wird.

Alle vier Kandidaten hatten in ihren „Bewerbungs“-Reden vor dem Wahlgang den Neuanfang beschworen: Die Bürger warten darauf, daß sich die CDU zurückmeldet, die Zeit der Rückblicke ist vorbei. Und Ottfried Hennig fand auch hier die Formel, die von allen Medien aufgenommen wurde, und traf damit genau die Stimmung der Partei: „Wer, wenn nicht wir, und wann, wenn nicht jetzt?“

Mit minutenlangem Beifall und „stehenden Ovationen“ feierte der Parteitag Gerhard Stoltenberg, der nach 34 Jahren Mitgliedschaft im Landesvorstand und mehr als 17 Jahren Parteivorsitz in Schleswig-Holstein Anfang des Jahres erklärt hatte, daß er nicht mehr kandidieren werde. Als Hennig ihn für das Amt des Ehrenvorsitzenden vorschlug, bedurfte es keiner besonderen Stimmenauszählung: Ohne Ausnahme stimmten alle Delegierten zu.

Wann, wenn nicht jetzt?

Auch wenn Stoltenberg in seinem Rechenschaftsbericht, den er zum letzten Mal für den Landesvorstand gab, den Rückblick nicht völlig ausblenden konnte, wollte er ihn wenigstens über die letzten 18 Monate hinaus erweitern und damit auch einige Gedanken zur Situation und zu den künftigen Aufgaben der Partei verbinden.

- Die „bitteren Erfahrungen“ der Barschel-Pfeiffer-Affäre aufarbeiten,
- den tiefgreifenden Wechsel in der landespolitische Opposition vollziehen,
- und die Parteiarbeit nach einer langen Phase innerparteilicher Debatten wieder

auf die Diskussion hin mit den Bürgern öffnen — das waren die Aufgaben, denen sich die Partei zu stellen hatte, bevor an einen „wirklichen Neubeginn“ zu denken war.

Vor allem aber hatte sich die Partei — so Stoltenberg — mit einer Kampagne auseinanderzusetzen, deren Ziel es war, die CDU Schleswig-Holstein im Kern zu treffen, mit dem wiederholten Versuch nämlich, das Fehlverhalten des früheren Ministerpräsidenten „in eine Kollektivschuld der Union“ umzufälschen und für eine „negative Umschreibung“ der Landespolitik überhaupt zu mißbrauchen.

Ovationen für Stoltenberg

Großer Beifall, als Stoltenberg dem entgegenhält: „Es wäre überheblich, wenn wir behaupteten, daß es vor dem Jahr 1987 in der langen Regierungszeit der Union keine Fehlentscheidungen gegeben hätte. Aber insgesamt war diese Zeit für Schleswig-Holstein, seine Menschen, seine wirtschaftliche und soziale Entwicklung eine erfolgreiche, glückliche Periode, auf die wir mit Stolz und Dankbarkeit zurückblicken.“ Und mit eben so viel Beifall wird seine Aufforderung quittiert, wieder an die Erfolge der früheren Jahre anzuknüpfen.

Mit einer kämpferischen Rede zeigte der Vorsitzende der CDU-Fraktion und Oppositionsführer im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Heiko Hoffmann, wie notwendig es ist, an diese Erfolge wieder anzuknüpfen, wenn in Schleswig-Holstein ideologisch begründete Politik und ausgesprochen linke Positionen nicht zunehmend in den Mittelpunkt rücken sollen. Hoffmann: „Denn schrittweise entfernt sich die SPD immer weiter von der früheren Gemeinsamkeit der Demokraten in den Grundfragen unserer Gesellschaft.“

Die Reihe der Beispiele ist lang. Ob es

sich um Schulpolitik gegen Elternwillen handelt, um Parteipolitisierung von Justiz und Polizei, um die verkehrspolitische Provinzialisierung des Landes oder um die Benachteiligung des Mittelstandes, um die Entwürdigung der Bundeswehr oder den Entzug finanzieller Hilfen für die Zentrale Erfassungsstelle in Salzgitter: „Der SPD-Ministerpräsident hält sich vornehm zurück und schweigt, während Brücke und Steuer des Regierungsschiffes längst von Börsen, Walter und Genossen besetzt worden sind.“

Naheliegender ist bei dieser Schilderung der Wunsch, die Regierungsverantwortung für Schleswig-Holstein wiederzuerlangen; aber fern liegt der Termin der nächsten Landtagswahl, und weit und schwierig ist der Weg in die Herzen der Bürger, denen deutlich gemacht werden muß, „daß wir die überzeugende Alternative zur gegenwärtigen Regierung sind“.

Im Schlußwort des neuen Landesvorsitzenden heißt es dazu: „Tragen wir unseren neuen Optimismus nach draußen! Nur wer die Herzen bewegt, bewegt die Welt.“

Kommentar

Glaubhafter Neuanfang

Hennig hat überzeugend dargestellt, daß er Bonner Aufgabe und Kieler Herausforderung gleichzeitig glaubt schultern zu können. Er symbolisiert für die Partei nach innen und außen einen glaubhaften Neuanfang. Der neue Landesvorsitzende hat die Chance, die Partei wieder auf Vordermann zu bringen. Er hat einen steinigen Weg gewählt. Für die Christdemokraten war seine Wahl aber wohl die beste Entscheidung, um in Schleswig-Holstein wieder politisches Gewicht zu gewinnen. Norddeutscher Rundfunk

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1



Alle
Preise
inkl.
Versand
zuzügl.
MwSt.

Magazin

Europas beste Seiten

„Europas beste Seiten“ zeigt die CDU als die deutsche Europapartei. Unsere Leistungen, aktuelle Politik und Ziele für

Europa werden dargestellt, Vorurteile gegen Europa richtiggestellt und europäische Institutionen erläutert. Ein 16seitiges informatives Verteilmittel für unseren Wahlkampf.

Bestell-Nr. : 2137

Mindestabnahme: 50 Exemplare

Preis pro Mindestabnahme: 34,— DM

Taschenlexikon

Europa von A bis Z

„Europa von A bis Z“ gibt zu aktuellen Stichworten der Europapolitik präzise und knappe Auskünfte. Im handlichen Taschenformat haben Sie es immer griffbereit.

Bestell-Nr. : 2138

Mindestabnahme: 50 Exemplare

Preis pro Mindestabnahme: 24,— DM

**Bestellungen an: IS-Versandzentrum,
Postfach 1328, 4804 Versmold**

UiD

12/89

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lühje, **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 48,— DM. **Einzelpreis** 1,20 DM. **Herstellung:** VVA, Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.